



Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht trilaterale Studie zu Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht trilaterale Studie zu Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Österreich und der Schweiz
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat heute eine trilaterale Studie zu Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Österreich und der Schweiz (http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen.did_649640.html) veröffentlicht. Die Studie besteht aus drei Teilen und einem zusammenfassenden Bericht.
Im Rahmen der Studie wurden die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Pumpspeicherkraftwerken in den drei Ländern untersucht sowie künftige Weiterentwicklungsmöglichkeiten analysiert. Die Gutachter kommen zu dem Ergebnis, dass die Bedeutung von Pumpspeicherkraftwerken langfristig mit einem steigenden Anteil erneuerbarer Energien (<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/erneuerbare-energien.html>) zunimmt und stets im engen Zusammenhang mit dem Netzausbau betrachtet werden muss.
Staatssekretär Rainer Baake: "In einem Stromsystem mit einem stetig wachsenden Anteil erneuerbarer Energien steigt auch der Bedarf an Flexibilität im Erzeugungssystem. Unser Stromsystem muss sich künftig in zunehmenden Umfang flexibel auf zeitlich veränderliche Energiemengen aus Wind- und Solarenergie (<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Erneuerbare-Energien/sonne-wind-und-co.html>) einstellen können. Pumpspeicherkraftwerke können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Sie müssen sich allerdings im Wettbewerb mit anderen Optionen behaupten."
Die heute veröffentlichte Studie wurde auf Basis der im April 2012 verabschiedeten "Erklärung von Deutschland, Österreich und der Schweiz zu gemeinsamen Initiativen für den Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken" initiiert und stellt einen Beitrag zur vertieften Zusammenarbeit in diesem Bereich dar.
Die rechtliche Situation für Pumpspeicher in den drei Ländern wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durch die Görg Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB begutachtet. Die wirtschaftliche Perspektive untersuchte ein Gutachten des Fachgebiets Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik der Technischen Universität Berlin im Auftrag des schweizerischen Bundesamts für Energie. Die Beiträge von Pumpspeicherkraftwerken für die Energieversorgung sind Inhalt einer Studie des Instituts für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft der RWTH Aachen im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.
Darüber hinaus wurde ein zusammenfassender Bericht durch das Energy Science Center der ETH Zürich im Auftrag des schweizerischen Bundesamts für Energie erstellt.
Die einzelnen Teile der Studie finden Sie hier http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen.did_649640.html
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) | Scharnhorststr. 34-37 | 11019 Berlin | Deutschland | Telefon: 030 18 615-6121 | Telefax: 030 18 615-7020 | Mail: pressestelle@bmwi.bund.de | URL: <http://www.bmwi.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

[bmwi.de](http://www.bmwi.de)
pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

[bmwi.de](http://www.bmwi.de)
pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:
Bundeskartellamt
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Bundesagentur für Außenwirtschaft
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe